



## Ratskanzlei

Marktgasse 2  
9050 Appenzell  
Telefon +41 71 788 93 11  
info@rk.ai.ch  
www.ai.ch

Appenzell, 2. Februar 2024

## Mitteilungen der Standeskommission (amtlich mitgeteilt)

### Personelle Veränderungen im Strassenverkehrsamt

Natascha Fässler hat ihre Anstellung als Sachbearbeiterin im Strassenverkehrsamt auf Ende April 2024 gekündigt. Die Standeskommission hat davon Kenntnis genommen und an der gleichen Sitzung Aline Manser, Appenzell, als Sachbearbeiterin für die Verkehrszulassung gewählt. Aline Manser übernimmt die Stelle von Irene Dähler, die ein Pensum von 80% versieht. Mit der Kündigung von Natascha Fässler werden 40 Stellenprozente frei, wovon Aline Manser 20 übernehmen wird. Sie wird daher ab dem 1. Mai 2024 mit einem Pensum vom 100% beim Strassenverkehrsamt arbeiten. Auf die Ausschreibung der restlichen 20 Stellenprozente wird vorderhand verzichtet.

### Ausschreibung Projektleiterstelle im Amt für Hochbau und Energie

Das Amt für Hochbau und Energie ist für die kantonalen Hochbauprojekte, die Energiegesetzgebung sowie die Umsetzung der Energie- und Klimaschutzstrategie zuständig. Da in den kommenden Jahren mehrere grössere Hochbauprojekte anstehen und mit der Umsetzung der Energie- und Klimaschutzstrategie begonnen wird, benötigt das Amt zusätzliche personelle Ressourcen.

Die Standeskommission hat deshalb eine Stelle als Projektleiterin oder Projektleiter im Amt für Hochbau und Energie mit einem Pensum von 100% bewilligt. Die Stelle wurde öffentlich ausgeschrieben.

### Delegation

Die Standeskommission hat Landeshauptmann Stefan Müller an die Eröffnungsfeier der 22. Tier und Technik der Olma Messen St.Gallen AG delegiert, welche am 22. Februar 2024 stattfindet.

### Stellungnahme zur Teilrevision der Radio- und Fernsehverordnung

*Die Standeskommission hat zur geplanten Teilrevision der Radio- und Fernsehverordnung des Bundes Stellung genommen. Sie begrüsst die Vorlage grundsätzlich, erwartet aber vom Bundesrat Präzisierungen bei den Einsparungen.*

Der Bund hat ein Vernehmlassungsverfahren zur Teilrevision der Radio- und Fernsehverordnung durchgeführt. Die Teilrevision steht im Zusammenhang mit der Volksinitiative «200 Fr. sind genug!» (SRG-Initiative). Der Bundesrat lehnt diese Initiative ab, teilt aber das Anliegen,

dass Haushalte und Unternehmen finanziell entlastet werden sollen. Er schlägt daher vor, dass die Haushaltsabgabe von Fr. 335.-- schrittweise auf Fr. 300.-- gesenkt werden soll. Zudem soll die jährliche Umsatzlimite für Unternehmen, die nicht abgabepflichtig sind, von heute Fr. 0.5 Mio. auf Fr. 1.2 Mio. erhöht werden.

Die Ständekommission unterstützt die Senkung der Haushaltsabgabe grundsätzlich. Sie wünscht aber, dass der Bundesrat näher erläutert, in welchen Bereichen der Leistungsaufträge er Einsparungen aufgrund der Beitragssenkungen vornehmen will. Zudem erwartet die Ständekommission, dass die regionale Berichterstattung nicht von den Einsparungen betroffen ist.

### **Eröffnung Vernehmlassungsverfahren**

*Die Ständekommission hat den Entwurf für eine Totalrevision der Verordnung über die gesundheitlichen Dienste in den Schulen zur Vernehmlassung freigegeben.*

Das Gesundheitsgesetz verpflichtet die Schulgemeinden, schulärztliche und schulzahnärztliche Dienste zu unterhalten und weitere Massnahmen zur Gesundheitsvorsorge zu treffen. In der Verordnung über die gesundheitlichen Dienste in den Schulen werden die Einzelheiten zu den schulärztlichen und schulzahnärztlichen Diensten geregelt. Um die Dienste weiterhin anbieten zu können, sind Flexibilisierungen nötig. Die Ständekommission möchte daher, dass künftig nebst den üblichen Reihenuntersuchungen Alternativen zur Organisation der schulärztlichen Untersuchungen gewählt werden können. So sollen die Schulgemeinden die Möglichkeit haben, den Eltern Gutscheine für entsprechende Vorsorgeuntersuchungen bei einer Hausarzt- oder Kinderarztpraxis ihrer Wahl abzugeben.

Die Ständekommission hat einen Entwurf für eine Totalrevision der Verordnung über die gesundheitlichen Dienste in den Schulen ausgearbeitet. Sie hat die Vorlage für ein Vernehmlassungsverfahren freigegeben. Die Unterlagen sind unter [www.ai.ch/vernehmlassung-vqd](http://www.ai.ch/vernehmlassung-vqd) abrufbar.

### **Grossratsgeschäft**

Die Ständekommission hat die Verordnung über die elektronische Überwachung im Zivilrecht beraten und zuhanden des Grossen Rates verabschiedet. Mit dieser Verordnung soll der Vollzug der neuen Bestimmung in Art. 28c ZGB geregelt werden, gemäss welcher im Zivilrecht elektronische Überwachungen zum Schutz gewaltbetroffener Personen angeordnet werden können. Das Geschäft wird voraussichtlich an der Märzsession 2024 behandelt.

### **Kontakt für Fragen**

Ratskanzlei

Telefon +41 71 788 93 11

E-Mail [info@rk.ai.ch](mailto:info@rk.ai.ch)